

## Europa wird zerstört werden

***Die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin glaubt, dass die EU ohne offene Grenzen nicht überleben wird.***

26. Mai 2025

Eine Verschärfung der nationalen Migrations- und Grenzkontrollpolitik könnte den Untergang der EU bedeuten, warnte die frühere deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem jüngsten Schritt Berlins, den Zustrom von Asylbewerbern zu begrenzen.

Merkel äußerte sich in der vergangenen Woche auf dem „Südwest Presse Forum“ in Neu-Ulm, wo sie ihre Memoiren „Freiheit“ vorstellte.

„Ich glaube nicht, dass wir die illegale Migration an der deutsch-österreichischen oder deutsch-polnischen Grenze entscheidend bekämpfen können ... Ich habe mich immer für europäische Lösungen eingesetzt“, sagte Merkel auf die Frage nach den jüngsten Maßnahmen des Kabinetts von Bundeskanzler Friedrich Merz.

Die neue Politik, die Anfang des Monats von Innenminister Alexander Dobrindt eingeführt wurde, verbietet Asylanträge an allen deutschen Landgrenzen – eine scharfe Abkehr von Merkels Haltung zur Öffnung der Grenzen im Jahr 2015. Ausnahmen werden für Kinder, schwangere Frauen und andere schutzbedürftige Personen gemacht.

Laut Merkel bedroht dieser Schritt sowohl die Freizügigkeit innerhalb der EU als auch die Integrität des Schengen-Raums, der visafreies Reisen in den meisten Teilen der EU ermöglicht. Sie bestand darauf, dass alle Reformen im Bereich der Einwanderung und des Reiseverkehrs auf EU-Ebene vereinbart werden sollten.

„Andernfalls könnte Europa zerstört werden“, warnte sie.

Merkels Politik der offenen Tür im Jahr 2015 stieß auf heftige politische Gegenreaktionen. Kritiker bezeichneten sie als „katastrophal“, nachdem auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015/2016 mehr als eine Million Migranten nach Deutschland gelassen worden waren.

Deutschland ist nach wie vor das wichtigste Zielland für Asylbewerber in der EU. Im Jahr 2023 wurden [laut EU-Statistiken](#) über 237.000 Asylanträge gestellt – etwa ein Viertel der Gesamtzahl in der EU.

Merz hatte im Wahlkampf vor den vorgezogenen Neuwahlen im Februar versprochen, die Grenzkontrollen zu verschärfen, da die rechtsgerichtete Alternative für Deutschland (AfD), die für ihre harte Anti-Einwanderungspolitik bekannt ist, in der Öffentlichkeit immer mehr Zulauf erhält.

Die AfD wurde schließlich mit 20,8 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft, wurde aber von den etablierten Parteien von Koalitionsgesprächen und der Regierungsbildung ausgeschlossen. Anfang dieses Monats stufte der deutsche Inlandsgeheimdienst (BfV) die AfD offiziell als „gesichert rechts extremistische Vereinigung“ ein. Die Einstufung wurde nach juristischen Anfechtungen und zunehmenden öffentlichen Reaktionen vorübergehend ausgesetzt, aber hochrangige Beamte – darunter

auch Mitglieder der Regierungskoalition – bemühen sich weiterhin um rechtliche Grundlagen für ein formelles Verbot der Partei.

Anfang dieser Woche warnte die deutsche Polizei, dass die Beamten aufgrund des zunehmenden Drucks auf das an den Grenzen eingesetzte Personal möglicherweise nur noch „einige Wochen“ in der Lage sein werden, die neuen Vorschriften durchzusetzen. Und das, obwohl die Regierung 3.000 zusätzliche Beamte eingesetzt hat, um die 11.000, die bereits an den wichtigsten Grenzübergängen stationiert sind, zu unterstützen.